

Baz 12.8.04

Schöne Vision mit Stolpersteinen



Timm Eugster

Integration ist, wenn alle die gleichen Chancen haben: So definieren die Regierungen beider Basel den Begriff Integration – und wollen sich verpflichten, diese aktiv voranzutreiben.

Eine schöne Vision: Die Tochter einer bosnischen Putzfrau und der Schweizer Professoren-Sohn sollen die gleichen Möglichkeiten erhalten, ihr Leben zu gestalten. Dass sich bürgerlich dominierte Regierungen per Gesetz verpflichten wollen, Schritte zur Verwirklichung dieser Vision zu unternehmen, markiert eine Wende in der Schweizer Ausländerpolitik: Bisher hat die Wirtschaft von billigen Arbeitskräften profitiert und der Staat hat die Sozialwerke auch über die höhere Erwerbsquote der (jüngeren) ausländischen Bevölkerung finanziert. Um die sozialen Folgen mangelnder Integration jedoch hat sich die Politik nicht gekümmert.

Dass ein Staat, der Sprach- und Integrationskurse bereitstellt, von der Zielgruppe auch verlangen kann, diese

zu besuchen, ist richtig. Dass die Regierungen versprechen, dies sei praktisch ohne Mehrausgaben machbar, und auch die Wirtschaft nicht zur finanziellen Beteiligung verpflichten mögen, macht jedoch misstrauisch: Letztlich verlangen die Regierungen so von der sozial schlecht gestellten Migrationsbevölkerung – sie ist ja erklärtermassen das Ziel der Massnahmen –, die von ihnen per Gesetz verlangten Kurse selbst zu bezahlen. Dies kann nicht aufgehen. Wenn aber jenen, die es nicht vermögen, die Kurse wie versprochen vom Staat bezahlt werden, ist dies kurzfristig wohl mit Mehrausgaben verbunden – die sich aber dank besserer finanzieller Selbstständigkeit integrierter Menschen schon bald bezahlt machen dürften.

Gefahren lauern auch in der Umsetzung, bei der integrierte Migranten unbedingt einbezogen werden sollten: Sprach- und Integrationskurse sollen Chancen eröffnen und Brücken zwischen Bevölkerungsgruppen bauen – auf keinen Fall aber dürfen sie für die Betroffenen den Ruch einer Strafe für Fehlverhalten bekommen, wenn sie etwas Positives bewirken sollen. Für Strafen ist das Strafgesetz da, nicht das Integrationsgesetz.

Migranten loben Gesetz

Basel. te. Bei Basler Migrantinnen und Migranten kommt der Entwurf zum Migrationsgesetz gut an. «Eine tolle Sache», schwärmt etwa **Kadriye Koca**, CVP-Politikerin türkischer Abstammung: «Das Gesetz kann viel zur Chancengleichheit beitragen.» Ein Sprach- und Integrationskurs gleich nach der Einreise bringe viel, so Koca: «Man fühlt sich nicht mehr so fremd an dem Ort, wo man ein neues Leben beginnt.» Bei der Umsetzung müsse man aber darauf achten, dass mittellose Neuzuzüger die Kurse gratis besuchen könnten, damit alle die selben Chancen erhielten. Dass sich die beiden Basel verpflichten wollen, Diskriminierung zu bekämpfen, findet Koca «super».

«Ein neuer Schritt in der Migrationspolitik», schwärmt auch der Jurist **Daniel Ordás**, als Spanier Mitglied der IG Secondas und Mitinitiant des überparteilichen Ja-Komitees zur Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung. Durch dieses Gesetz würden Migranten nicht mehr einfach als Rohstoff für die Wirtschaft behandelt, den man befristet ins Land holt, sondern es werde das Gefühl vermittelt: «Ihr werdet einmal dazugehören». Die Balance zwischen Geben und Nehmen hält Ordás allerdings nicht für ausgeglichen: «Der Staat sagt vor allem, was er von uns erwartet und weniger, was wir erhalten.» Dass die Arbeitgeber laut Entwurf Integrationsmassnahmen nur «im

Rahmen ihrer Möglichkeiten» unterstützen müssen, geht ihm zu wenig weit: «Die Arbeitgeber sollten einen Dritte der Kosten übernehmen – schliesslich profitieren sie davon, wenn sie mit ihren Angestellten reden können.» Dass «Luxus-Ausländer» wie englischsprechende Forscher nicht zu Kursen verpflichtet werden sollten, stört den Juristen: «Ein Gesetz sollte für alle gelten.»

Der Kosovo-Albaner **Kemal Shaqiri**, Mediator bei der Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten, hält es hingegen für richtig, die Anstrengungen auf Migranten mit tiefer Bildung zu konzentrieren. Man müsse jedoch immer den Einzelfall anschauen und nicht ganze Bevölkerungsgruppen von vornherein als Zielgruppe für die Massnahmen kategorisieren. Dass die Forderungen an die Zuwanderer von Anfang an klar deklariert würden, sei positiv. Shaqiri warnt jedoch, die Programme müssten sorgfältig ausgearbeitet werden, um die Ziele zu erreichen. In der Integrationsarbeit erfahrene Migrantinnen und Migranten müssten schon in der Konzeptphase und nicht erst bei der Umsetzung einbezogen werden.

Hasan Kanber, SP-Grossratskandidat türkischer Abstammung, freut sich, dass Ausländer künftig nicht mehr einzig unter dem fremdenpolizeilichen Aspekt eines potenziellen Sicherheitsrisikos wahrgenommen würden.